

Patricia Schiess: «Die Politik muss vorausgehen»

Die Frauenkonvention (CEDAW) liefert der Politik griffige Argumente, die laut Juristin Patricia Schiess genutzt werden sollten.

Die Frauenkonvention gibt es seit fast 40 Jahren: Am 18. Dezember 1979 wurde sie verabschiedet. Die Konvention – auf englisch CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women) – ist ein internationales Übereinkommen der Vereinten Nationen zu Frauenrechten. Sie schützt explizit nur Frauen. Diese waren zwar bereits durch die allgemeine Erklärung der Menschenrechte vor Diskriminierung geschützt, doch die CEDAW ging weiter: Sie erweiterte die Verantwortlichkeit der Vertragsstaaten für Rechtsverletzungen auf nicht-staatliche Mitspieler.

In Liechtenstein gilt sie seit dem Jahr 1996. Der Landtag fälltte damals den Entscheid zur Unterzeichnung und Umsetzung in einem, laut der Professorin und Juristin Patricia Schiess, «extrem günstig gewesenen Zeitfenster». Dies, weil Liechtenstein damals seine Gesetzgebung fit machen wollte für den geplanten EWR-Beitritt. «Im Landtag ging die Ratifizierung somit ohne grosse Diskussionen über die Bühne, ob das heute noch der Fall wäre, wüsste ich nicht», wie sie erklärte.

Schiess, die auch Forschungsleiterin für Recht am



Juristin Patricia Schiess ist Forschungsleiterin für Recht am Liechtenstein-Institut und hielt gestern einen Vortrag zur UN-Frauenkonvention, die auch in Liechtenstein gilt.

Bild: Rudi Schachenhofer

Liechtenstein-Institut ist, hielt gestern Abend im Liechtenstein-Institut in Barenden einen Vortrag zur Frauenkonvention. Das Publikum stellten hauptsächlich Frauen, wobei einige davon dem Verein für Menschenrechte sowie dem Frauennetz Liechtenstein angehörten, die den Vortrag in Kooperation

mit dem Institut organisiert hatten.

Drei Beanstandungen im FL-Länderbericht

Die CEDAW verpflichtet ihre Mitgliederstaaten alle vier Jahre zur Erstellung eines Länderberichts. Darin sollen sie festhalten, was im Bereich der Frauen-

rechte gemacht wurde. «Die Länder geben sich somit selbst Rechenschaft», erklärte Schiess. In der Folge prüft der aus 23 Experten bestehende UNO-Ausschuss die Berichte an einem Treffen, das alle alle zwei Jahre stattfindet.

Im fünften Länderbericht von Liechtenstein, der auch

durch die Konsultation und Anhörung von NGOs entstanden ist, werden drei Forderungen festgehalten: Eine umfassende Geschlechtergleichstellungspolitik und -strategie für alle Politikbereiche zu verabschieden, ein umfassendes Gesetz zur geschlechtsbezogenen Gewalt zu verabschieden, die strafrechtlichen Bestimmungen über Abtreibung zu ergänzen.

Politik kann mit CEDAW argumentieren

Seit das Fakultativprotokoll zur CEDAW 1999 verabschiedet wurde, können sich einzelne Frauen oder Gruppen betreffend Rechtsverletzungen bezüglich der Frauenkonvention direkt an das Komitee richten. Der UNO-Ausschuss kann bei schwerwiegenden Verletzungen den Staat zu einer Stellungnahme auffordern. Eine ZuhörerIn wollte wissen, ob im Falle der hierzulande fehlenden Gleichstellungsstrategie, ihr zufolge begründet durch die Untätigkeit der Regierung, auch vor den Ausschuss getreten werden könne. Dies ginge nur mit einem gültigen Urteil über die Verletzung einer Frau durch das Fehlen der Strategie. Es muss zuvor zudem den gesamten Instanzenzug durchlaufen haben. Die CEDAW könne vor allem

der Politik griffige Argumente liefern. «Die Regierung müsste die Normen der Konvention umsetzen und der Landtag diese absegnen», so Schiess. «Die Politik muss vorausgehen.»

In Liechtenstein gab es noch keinen Fall, der durch die CEDAW untersucht wurde. Über alle Länder hinweg seien derzeit 54 Verfahren hängig. Diese befassten sich mit gravierenden Verletzungen, wie der Ausbeutung der Rohingya-Frauen in Myanmar. Es gibt aber sehr wohl auch Fälle aus Österreich und einige wenige aus der Schweiz. In Österreich hätten sie häufig mit häuslicher Gewalt zu tun.

Keine Sanktionsmöglichkeit des Ausschusses

Der UNO-Ausschuss dürfe trotz der fehlenden Sanktionsmöglichkeit nicht unterschätzt werden. «Er verfügt über ein Arsenal an Einflussmöglichkeiten, wie jene der Untersuchungen vor Ort», erklärte Schiess. Trotzdem sei der konstruktive und nicht konfrontative Dialog, den die UNO verlangt, ihres Erachtens nicht immer so konstruktiv. Es werde zu viel ausgetauscht, sodass der Staat am Ende doch nicht vorwärts mache.

Susanne Quaderer